

Sparkonten sollen entlastet werden

Hausbesitzer freuen sich auf Anliegerbeiträge?

Reaktion auf CDU-Antrag: Kopfschütteln auf ganzer Linie.

Mit Pauken und Trompeten präsentierte die Hüllhorster CDU, unterstützt von ihrem Bürgermeisterkandidaten, ein gigantisch klingendes „Bürger-Straßenausbauprogramm“. Mit insgesamt 1,5 Mio. Euro zusätzlich sollen in den nächsten drei Jahren alle beitragspflichtigen Ausbaumaßnahmen vorgezogen werden, die von einer Mehrheit der beteiligten Anlieger gewünscht sei.

Begründung der CDU:

1. Die historisch niedrigen Zinsen führen dazu, dass Bürgerinnen und Bürger gerne eine Anlage in Sachwerte betreiben. Die Investitionen in Straßenbaubeiträge würden dazu führen, dass der Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke „deutlich erhöht“ wird.

2. Die Bilanzsumme der Gemeinde wird steigen, weil „gut ausgebaute Straßen als nachhaltiger Wert einfließen“.

Fakten-Check:

1. Es stimmt, die Zinsen sind niedrig und wer Geld auf der hohen Kante hat, ist gut beraten, ins Haus zu investieren (das ist auch gut für die Konjunktur): Wärme-Dämmung, Dacherneuerung, Heizungsanlage usw. Dieses dient in der Tat der Wertsteigerung eines Hauses.

Für die Zahlung von Anliegerbeiträgen gilt dies aber nicht! „Allenfalls indirekt“, so ein Immobilienexperte. Der Grundstückswert wird durch lokale Bodenrichtwerte bestimmt, die über den Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermittelt werden. Hier könnten die Aufwendungen für Straßenbaubeiträge vielleicht mittelfristig ein-

fließen. Auch in der heutigen Niedrigzinsphase ist dies aber auf keinen Fall eine Alternative zur Geldanlage.

Bei der Wertermittlung eines Hauses spielen die gezahlten Anliegerbeiträge überhaupt keine Rolle – also auch hier Fehlanzeige!

2. Es stimmt, die Bilanzsumme der Gemeinde steigt, doch das Straßenbauprogramm müsste durch Kredite finanziert werden und: „der Gemeindeanteil muss dann in die jährlichen Abschreibungen eingerechnet werden“, so ein ehemaliger Kämmerer gegenüber dem „ORTSGESPRÄCH“. Hinzu kommen die jährlich fälligen Zinszahlungen. Nach dieser CDU-Logik sollte die Gemeinde vielleicht ein großzügiges Hallen- und Freibad bauen – dadurch würde auch die Bilanzsumme der Gemeinde steigen.

3. Hinzu kommt, dass die CDU-Forderung vor allem auch ungerecht ist, denn der Straßenausbau soll zwar „nur im Einvernehmen mit einer Mehrheit der beteiligten Anlieger“ geschehen, doch was ist dann mit der Minderheit? Nachbarschaftsprobleme sind vorprogrammiert. Das ist wirklich kein sinnvoller Beitrag

Straßenbauprogramm der CDU ist unsozial

Kommentar von
Frank Picker
Vorsitzender
der SPD-Ratsfraktion



Es war schon eine Überraschung, der Antrag der CDU und ihres Bürgermeisterkandidaten, ein kreditfinanziertes Straßenausbauprogramm aufstellen zu wollen.

Es ist vor allem deshalb unverständlich, weil die CDU den letzten Haushalt wegen des zu hohen Defizites abgelehnt hat.

Wenn es nach den Vorstellungen der CDU geht, kann auf einen mehrheitlichen Antrag der Anliegergemeinschaft einer Straße ein kostenpflichtiger Ausbau erfolgen. Laut CDU-Gemeindevorstandsvorsitzendem Sven Öpping ist für soziale Härtefälle eine Lösung zu suchen. Allen anderen, denen - aus welchen Gründen auch immer - die Entscheidung nicht passt, müssten sich der Mehrheitsentscheidung der Straßenanlieger beugen. Solch ein Verhalten ist unsozial, führt zu Unfrieden unter den Nachbarn und ist darüber hinaus abgaberechtlich zweifelhaft.

Wenn man dann noch versucht, den Bürgern zu erzählen, dass durch ihre Beiträge der Wert ihrer Immobilie deutlich steigt, setzt das dem Ganzen die Krone auf.

Erstaunlich ist, dass nach intensiven Diskussionen innerhalb der CDU so wenig Verwertbares herausgekommen ist.

zum „Leben in guter Atmosphäre“ in der Gemeinde Hüllhorst.

War das Ganze nun eine Schnaps-idee der Hüllhorster CDU, Realitätsferne, fachliche Unkenntnis oder ein Täuschungsversuch im Wahlkampf?

- Sicherlich von allem etwas...